In der Parteigerichtssache

des praktischen Arztes Dr. H aus B,

-Antragsgegner und Rechtsbeschwerdeführer-

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt T aus U

g e g e n

den CDU-Kreisverband U,

vertreten durch den Kreisvorstand, dieser vertreten durch seinen Vorsitzenden H MdL [aus] U

-Antragsteller und Rechtsbeschwerdegegner-

wegen Parteiausschlusses hat das Bundesparteigericht der CDU im schriftlichen Verfahren unter Mitwirkung von

Staatssekretär a.D.
Dr. Heinrich Barth

-als Vorsitzender-

Staatsekretär a.D.
Karl Gumbel

Rechtsanwalt
Friedrich Wilhelm Siebeke

Landrat a.D.
Heinz Wolf

Oberlandesgerichtspräsident
Dr. Eberhard Kuthning

-als beisitzende Richter-

am 29. Mai 1980 beschlossen:

Auf die Rechtsbeschwerde des Antragsgegners wird der Beschluß des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes H vom 06.10.1979 aufgehoben.

Die Sache wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landesparteigericht zurückverwiesen.

Im Verfahren vor dem Bundesparteigericht sind Gebühren nicht entstanden.
Außergerichtliche Kosten haben die Beteiligten nicht zu erstatten.

Gründe

I.

Der Antragsgegner ist Mitglied der CDU im Kreisverband des Antragstellers. Seit einigen Jahren war er Mitglied des Rates der Gemeinde B und gehörte bis zum 03.01.1979 als Vorsitzender der CDU-Fraktion an.

Am 03.01.1979 erklärte der Antragsgegner gem. der Anlage zum Protokoll der Sitzung der CDU-Gemeinde-Fraktion (zu TOP 1) seinen Austritt aus der CDU-Fraktion des Gemeinderates B und erklärte weiter, er werde dem Rat des Fleckens B künftig als unabhängiger Ratsherr angehören. Diesen Entschluß teilte er dem Kreisvorsitzenden des Antragstellers in einem Schreiben vom 08.01.1979 nochmals besonders mit. Die Tätigkeit des Antragsgegners in der CDU-Gemeindefraktion sollte nach seinem Willen von seiner Entscheidung unberührt bleiben.

Aufgrund des Beschlusses des Kreisvorstandes vom 16.03.1979 hat der Antragsteller mit Antragschrift vom 03.04.1979 beantragt, vor dem Kreisparteigericht das Ausschlußverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens einzuleiten. Er hat sich zur Begründung auf § 12 (3) des CDU-Bundesstatuts gestützt und geltend gemacht, der Antragsgegner sei aus der Ratsfraktion der CDU ausgetreten, ohne gleichzeitig sein Mandat niederzulegen oder aus der CDU auszutreten. Versuche, ihn zur Rückkehr in die Fraktion zu bewegen, seien gescheitert.

Der Antragsteller hat beantragt,

den Antragsgegner aus der Partei auszuschließen.

Der Antragsgegner hat begehrt,

den Antrag zurückzuweisen.

Er hat die Meinung vertreten, daß sein Ausscheiden aus der CDU-Fraktion zwar als "parteischädigendes Verhalten" anzusehen sei, § 12 (3) des Statuts jedoch nicht zwingend seinen Ausschluß zur Folge haben müsse. Es seien auch mildere Ordnungsmaßnahmen denkbar.

Im übrigen sei sein Austritt sachlich gerechtfertigt, da er den Eindruck gehabt habe, der CDU-Bürgermeister habe in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kulturbeirates Steuergelder nicht sachgerecht verwendet.

Das Kreisparteigericht hat durch Beschluß vom 29.05.1979 dem Antrag des Antragstellers stattgegeben und den Antragsgegner wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU ausgeschlossen. Es hat zur Begründung seiner Entscheidung darauf verwiesen, daß die §§ 11 Abs. 1 und 2, 12 des Bundesstatuts zwingend den Ausschluß vorschrieben und für eine Ermessensentscheidung kein Raum sei.

Gegen diesen Beschluß hat der Antragsgegner bei dem Landesparteigericht Beschwerde eingelegt. Er hat beantragt,

den angefochtenen Beschluß vom 29. Mai 1979 aufzuheben und den Antrag auf Parteiausschluß abzuweisen.

Der Antragsteller hat beantragt,

die Beschwerde zurückzuweisen.

Das Landesparteigericht hat die Beschwerde des Antragsgegners zurückgewiesen. Es hat in dem Austritt des Antragsgegners aus der CDU-Fraktion des Rates der Gemeinde B eine schwere Pflichtverletzung gesehen. Es hat ausgeführt, das Verhalten des Antragsgegners führe kraft zwingender Bestimmung der Satzung grundsätzlich bereits zum Ausschluß aus der Partei, weil es als parteischädigend qualifiziert sei, ohne daß es gem. § 11 Abs. 2 des Statuts noch besonders auf die Feststellung eines schweren Schadens zum Nachteil der CDU ankomme. Es könne dahingestellt bleiben, aus welchen Gründen der Antragsgegner aus der CDU-Fraktion ausgetreten sei. Das Gericht habe, da ihm die Satzung insoweit einen Ermessensspielraum nicht einräume, konstitutiv vom Ausschluß aus der CDU ausgehen müssen.

Die Festsetzung einer Ordnungsmaßnahme anstelle des Ausschlusses hat das Landesparteigericht abgelehnt. Es hat ausgeführt, es seien keine besonderen Umstände erkennbar, die - ausnahmsweise - bei einem derartig schweren Verstoß eine Ordnungsmaßnahme rechtfertigten.

Gegen den im schriftlichen Verfahren am 06.10.1979 gefaßten Beschluß, der dem Antragsgegner am 23.10.1979 zugegangen ist, hat dieser am 16.11.1979 Rechtsbeschwerde eingelegt. Er hat darauf hingewiesen, daß nach § 11 Abs. 1 des Statuts ein Mitglied nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden kann, wenn es ihr durch sein Verhalten einen schweren Schaden zugefügt hat. Er hat vorgetragen, ein solcher schwerer Schaden sei nicht substantiiert dargelegt worden.

Er rügt die Verletzung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs. Er habe keine Gelegenheit erhalten, auf den Vorwurf einzugehen, in einem Leserbrief und in einem Zeitungsinterview in massiver Form gegen Parteifreunde aufgetreten zu sein. Er beantragt,

den angefochtenen Beschluß aufzuheben und seiner Beschwerde gegen den Beschluß des Kreisparteigerichts des CDU-Kreisverbandes U. vom 29.09.1979 stattzugeben.

Der Antragsgegner hat von einer Stellungnahme abgesehen, da er gegenüber dem Kreisparteigericht seinen Ausschlußantrag ausreichend begründet habe.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren gem. § 25 Abs. 1 PGO einverstanden erklärt.

II.

Die Rechtsbeschwerde ist frist- und formgerecht eingereicht und begründet worden. Sie hat Erfolg.

Das Landesparteigericht hat mit Recht das Verhalten des Antragsgegners gem. § 12 Ziff. 3 des Statuts als parteischädigend angesehen. In seiner Weigerung, in die Fraktion zurückzukehren, kann auch eine beharrliche, schuldhaftige Mißachtung seiner satzungsgemäßen Pflichten liegen (vgl. Entscheidung des Bundesparteigerichts vom 11.05.1978 - CDU-BPG 7/77 (R) -).

Voraussetzung für einen Ausschluß ist aber gem. § 11 Abs. 1 des Statuts, daß das Mitglied der Partei einen schweren Schaden zufügt. § 11 Abs. 2 des Statuts enthält keine Einschränkung dieses Grundsatzes - sie wäre mit § 10 Abs. 4 des Parteiengesetzes unvereinbar -, sondern in Verbindung mit den §§ 12 und 13 bestimmte Klarstellungen. Daraus ergibt sich, daß das Mitglied allein durch seinen Austritt aus der Fraktion der Partei noch nicht einen schweren Schaden zufügt. Es müssen vielmehr besondere Umstände hinzukommen. Sie können z.B. in besonders spektakulären, gegen die Grundlinien der Partei gerichteten Umständen des Austritts liegen. Insoweit fehlt es an Feststellungen in dem angefochtenen Beschluß. Der Antragsgegner ist offenbar bereit, in anderen Gremien der CDU mitzuarbeiten, und ist aus speziellen, in den örtlichen Verhältnissen begründeten Umständen aus der Fraktion im Gemeinderat ausgetreten. Allerdings kann auch ein nachträgliches Verhalten zu einem schweren Schaden für die Partei führen (vgl. BPG in dem Beschluß vom 11.05.1978). Die Weigerung allein, in die Fraktion zurückzukehren, reicht dafür aber nicht aus. Sie ist nur die Konsequenz des Austritts.

Das Landesparteigericht hat es als Pflichtverletzung gewertet, daß sich der Antragsgegner in einem Leserbrief und in einem Zeitungsinterview in massiver Form gegen Parteifreunde an die Öffentlichkeit gewandt habe. Es erscheint bereits zweifelhaft, ob das Landesparteigericht diese Veröffentlichungen zum Nachteil des Antragsgegners verwerten durfte, ohne den Grundsatz des rechtlichen Gehörs (§ 30 Abs. 2

PGO) zu verletzen. Das Kreisparteigericht hat die Auffassung vertreten, daß allein der Austritt des Antragsgegners aus der Fraktion gem. § 11 Abs. 2 des Statuts den Ausschluß zwingend gebiete. Der Antragsgegner hatte sich in seiner Beschwerdeschrift gegen diese Auffassung gewandt. Wenn das Landesparteigericht - insoweit mit Recht - dieser Meinung nicht folgte, hätte es nahegelegen, den Antragsgegner im schriftlichen Verfahren darauf hinzuweisen, daß das Landesparteigericht aus anderen Gründen zur Zurückweisung der Beschwerde kommen und dabei die Tatsache seiner Äußerungen in den Zeitungen zu seinem Nachteil verwerten würde.

Einer Entscheidung über diese Verfahrensfrage bedarf es jedoch nicht; denn diese Zeitungsausschnitte rechtfertigen die Feststellung eines schweren Schadens für die Partei nicht. Das Interview geht über die Begründung des Fraktionsaustritts nicht wesentlich hinaus und steht im zeitlichen Zusammenhang mit diesem Ereignis. Ihm folgt die veröffentlichte Antwort des Fraktionssprechers M und des stellvertretenden Bürgermeisters Sch nach. Der Leserbrief des Antragsgegners kann ohne die Berichterstattung über den Informationsabend, auf die er sich bezieht, nicht abschließend gewürdigt werden. Weitere Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit sind nicht dargetan. Der angefochtene Beschluß war daher aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landesparteigericht zurückzuverweisen.

Sollte das Landesparteigericht wiederum zu dem Ergebnis kommen, daß die Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 des Statuts für einen Parteiausschluß des Antragsgegners vorliegen, so wird es zu beachten haben, daß auch in diesem Falle ein Ausschluß nicht zwingend geboten ist, sondern eine Ermessensentscheidung zu treffen ist. Das ergibt sich aus den Worten: "... kann nur dann...ausgeschlossen werden, ..." § 31 Abs. 3 Satz 2 PGO ist eine Ausprägung dieses Grundsatzes. Das Landesparteigericht wird dabei wie schon vorher bei der Prüfung der ersten Alternative des § 11 Abs. 1 des Statuts den Grad des Verschuldens und in diesem Zusammenhang den Anlaß des Ausscheidens des Antragsgegners zu bewerten haben. Der Antragsgegner hat sich dazu in seinem Schriftsatz vom 14.05.1979 geäußert. Sollte das Landesparteigericht diese Äußerungen als nicht ausreichend ansehen, so ist er darauf hinzuweisen und ihm Gelegenheit zur Ergänzung seines Vortrages zu geben. Es wird sich dann herausstellen, ob sein Verhalten vertretbar oder zumindest bis zu einem gewissen Grade entschuldbar erscheint. Es wird letzten Endes auch nicht völlig außer Betracht bleiben können, daß der Antragsgegner, wenn seine Darstellung richtig ist, seit langen Jahren Parteimitglied ist und die Partei auf Orts- und Kreisebene mitgegründet hat.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 43 Abs. 2 PGO. Das Verfahren vor dem Parteigericht ist gebührenfrei (§ 43 Abs. 1 PGO).